

P R O T O K O L L  
der 335. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 19. Oktober 2010
Zeit	19.30 - 21.05 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Wegmüller Beat
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat-Dangel Caroline, Corti Andrea, Eber Béla, Fankhauser Suzanne, Friedli Rolf, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Huber Manuel, Humm Martin, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Marti Beat, Pulver Gerhard, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Stettler Jürg, Streit Lee, Treier Hannes, von Fischer Niklaus, Wakil Ramina, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzähler	Eber Béla, von Fischer Niklaus
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Zusätzlich anwesend	Beat Schmid, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	Verwaltung: Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Sekretärin-Stv. und Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte 9

## Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 21. September 2010	277
2	Sportkommission; Ersatzwahl	277
3	Investitions- und Finanzplan 2010 - 2015 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehropflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2011	277
4	Sanierung Aarebad; Kreditabrechnung	288
5	Motion FDP/jf-Fraktion: "Fähribeizli dem Volk"; Zwischenbericht	290
6	Motion Aebersold (SVP): Gezielte Anreize und Berücksichtigung von Betrieben mit Lehrlingsausbildung im Submissionsverfahren; Abschreibung	291
7	Motion Ruta (SP) betr. Veloweg Thoracker-Saali	292
8	Information des Gemeinderats	292
9	Neue parlamentarische Vorstösse	293

Der Vorsitzende eröffnet die 335. Sitzung und stellt die Anwesenheit von allen 40 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse den vollzählig anwesenden Gemeinderat, die Parlamentsmitglieder, die Vertretungen der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal. Speziell begrüsse er auch Finanzverwalter Beat Schmid.

Er verweist auf die neue Sitzordnung für den Gemeinderat sowie für das Büro GGR. Es handle sich um einen Versuch. Der Grund liege nicht darin, dass der Grosse Gemeinderat und der Gemeinderat auf derselben hierarchischen Stufe stünden, sondern man wolle punkto Verständlichkeit der Voten etwas näher zusammenrücken.

### Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, Daniela Schönenberger habe per sofort ihren Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat erklärt, da sie als Gesamtleiterin der Tagesschule gewählt worden sei. Sie sei während 10 Jahren Mitglied des Grossen Gemeinderats gewesen. Er wünsche ihr als Leiterin der Tagesschule viel Erfolg, heisse Jürg Stettler als Nachfolger herzlich willkommen und wünsche ihm gutes Gelingen im Rat.

Ferner hätten Caroline Chételat (FDP) und Gerhard Pulver (SVP) auf Ende 2010 ihren Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat erklärt.

### Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

## 1 **Protokoll der Sitzung vom 21. September 2010**

### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

## 2 **Sportkommission; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 30. Juni 2010 zurückgetretenen Renato Orlando schlage die Sozialdemokratische Partei Rudolf Waber, Mettlen-  
gässli 30, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

### Beschluss (einstimmig)

Rudolf Waber wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Sportkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und wünscht ihm viel Bewegung in der Sportkommission.

## 3 **Investitions- und Finanzplan 2010 - 2015 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrgeldersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2011**

Rolf Friedli führt im Namen der GPK aus, diese habe anlässlich ihrer letzten Sitzung den Investitions- und Finanzplan auf seine sachliche Richtigkeit hin überprüft und die Arbeiten in der gewohnten Qualität – wie jedes Jahr – vorgefunden. Im Speziellen sei der Sachverhalt des ausserordentlichen Finanzfehlbetrags angeschaut worden und die Kommission habe sich vom Gemeindepräsidenten intensiv und detailliert darüber informieren lassen, wie dieser zustande gekommen sei. Im Weiteren habe die GPK über den Zeitpunkt der geplanten Steuererhöhung diskutiert, sei aber diesbezüglich der Meinung gewesen, dass der vom Gemeinderat vorgelegte Sachverhalt richtig sei. Die GPK empfehle dem Parlament – mit einem internen Abstimmungsresultat von 4 Ja und 1 Nein-Stimme – den Anträgen des Gemeinderats zu folgen.

Hans-Rudolf Saxer erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, wie den schriftlichen Unterlagen zu entnehmen sei, rechne die Gemeinde Muri für das Jahr 2011 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 5,5 Mio. Nach Auffassung des Gemeinderats könne dank des noch vorhandenen Eigenkapitals für das Jahr 2011 auf eine Steuererhöhung verzichtet werden. Gleichzeitig halte er in aller Form fest, dass eine Steuererhöhung per 1.1.2012 nicht umgangen werden können. Die Ratsmitglieder könnten sich vielleicht noch daran erinnern, dass vor einem Jahr der Finanzplan für das Jahr 2011 zur Kenntnis genommen worden sei. Dieser habe damals einen Aufwandüberschuss von CHF 4,9 vorgesehen, heute sehe er einen solchen von CHF 5,5 Mio. vor, also eine Verschlechterung um CHF 0,6 Mio. Der Grund für diese Verschlechterung sei zu mehr als 100 % auf die Steuergesetzrevision 2011 zurückzuführen. Sie habe für unsere Gemeinde Ertragsminderungen von CHF 1,2 Mio. zur Folge. Dank einer restriktiven Budgetierung sei es gelungen, diesen Fehlbetrag von CHF 1,2 Mio. zur Hälfte zu kompensieren, aber es verbleibe ein Anstieg von CHF 0,6 Mio. Die Gemeinde Muri dürfe für sich in Anspruch nehmen, dass sie mit ihren Mitteln sparsam und wirtschaftlich umgehe. Als Beispiel verweise er auf die sehr restriktive Steuerung des Sachaufwands, welche seit Jahren gepflegt werde.

- 19. Oktober 2010 -

Diese finde nun insbesondere auch ihren Niederschlag im Voranschlag 2011. Es könne festgestellt werden, dass gegenüber dem Rechnungsabschluss 2009 beim Sachaufwand eine Reduktion von 1 % bzw. 2,6 % – je nach Parameter – ausgewiesen werde. Auf der einen Seite bestehe das ständige Bemühen, den Haushalt sparsam und wirtschaftlich zu führen, auf der andern Seite stelle sich beim budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 5,5 Mio. die Frage, was falsch gelaufen sei. Es müsse in aller Form festgestellt werden, dass dieser Aufwandüberschuss nicht aufgrund irgendwelcher Unterlassungen seitens der Gemeinde entstehe, sondern dass das gesamte Volumen ausschliesslich auf Beschlüsse von übergeordneter Ebene – des Grossen Rates des Kantons Bern – zurückzuführen sei. Dabei gehe es im Wesentlichen um zwei Elemente:

1. Was der Gemeinde Muri mit Abstand am meisten weh tue, seien die Leistungen in den kantonalen Finanzausgleichsfonds. Der Vergleich dieser Leistungen aus dem Jahr 2005 mit denjenigen im Voranschlag für das Jahr 2011 zeige eine Erhöhung von CHF 5,2 Mio.
2. Die Steuergesetzrevision 2011 bringe weitere Ertragsausfälle von CHF 1,2 Mio. (Im Jahre 2012 würden dies noch zusätzliche CHF 0,6 Mio. sein).

Würden nun die kumulierten CHF 6,4 Mio. durch übergeordnete Beschlüsse dem Aufwandüberschuss von CHF 5,5 Mio. gegenübergestellt, könne festgestellt werden, dass der Aufwandüberschuss zu mehr als 100 % durch übergeordnete Beschlüsse verursacht werde. Könnten Letztere – rein hypothetisch – ausgeklammert werden, wäre heute nicht über eine Steuererhöhung zu diskutieren, sondern allenfalls darüber, ob die Steueranlage beibehalten oder reduziert werden solle.

Vor dem Hintergrund des Voranschlags 2011 und des Finanzplans 2010-2015 sei glasklar, dass man in Kürze nicht umhinkomme, eine Steuererhöhung vorzunehmen. Dem Rat sei am vergangenen Donnerstag noch ein Finanzplan zugestellt worden, welchem entnommen werden könne, was mit unserem Finanzhaushalt passieren würde, wenn während der ganzen Finanzplanperiode die heutige Steueranlage von 0.99 beibehalten würde. Dies wäre ein nicht verantwortbares Szenario, namentlich deshalb, weil damit bereits im Jahr 2014 ein Bilanzfehlbetrag produziert würde. In diesem Zusammenhang habe sich der Gemeinderat intensiv damit auseinandergesetzt, wie eine Steuererhöhung auf eine möglichst geschickte Art und Weise terminiert und von der Höhe her bemessen werden könne. Der Gemeinderat habe die zwei dem Rat vorgelegten Varianten diskutiert. Die Variante 1 beinhalte eine Steuererhöhung per 1.1.2011 auf eine Steueranlage von 1.07, die Variante 2 eine solche per 1.1.2012 auf 1.09. Der Gemeinderat habe sich im Einklang mit der Finanzkommission für die Variante Steuererhöhung per 1.1.2012 entschieden. Dafür seien namentlich folgende Überlegungen massgebend gewesen: Einerseits könne festgestellt werden, dass der heutige Finanzhaushalt sehr gesund sei. Es sei möglich gewesen, in den letzten rund 6 Jahren zusätzliches Eigenkapital zu bilden und gleichzeitig die Verschuldung markant von CHF 48 Mio. auf CHF 30 Mio. zu reduzieren. Diese CHF 30 Mio. seien in Bezug auf die Grösse unseres Finanzhaushalts gemäss Einschätzung der entsprechenden Kennzahlen durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung ein guter bis sehr guter Wert. Im Übrigen habe sich der Gemeinderat überlegt, dass dank des vorhandenen Polsters auf eine Steuererhöhung im Jahr 2011 verzichtet werden könne, da sich das Eigenkapital per Ende 2011 auch bei einem Verzicht auf eine Steuererhöhung noch auf 3,2 Steueranlagenezehntel belaufen werde. Seit langem bestehe in Muri der finanzpolitische Grundsatz, dass keine Steuern auf Vorrat erhoben werden sollen. Darüber hinaus sei festzuhalten, dass der unterbreitete Finanzplan in dem Sinn konservativ berechnet sei, als absehbare und hoffentlich eintretende Verbesserungen nicht eingerechnet seien (Stichworte FILAG und Kultursubventionen). Würden die zwei Varianten miteinander verglichen, könne zweifellos festgestellt werden, dass man am Ende der Finanzplanperiode, d.h. Ende 2015, von den Zahlen her praktisch am gleichen Ort stehen

- 19. Oktober 2010 -

werde, nämlich bei rund CHF 10,3 Mio. Eigenkapital. Der Weg, um dorthin zu gelangen, sei bei den beiden Varianten unterschiedlich, das Resultat sei aber Ende 2015 bis auf ca. CHF 100'000.00 dasselbe. Eine weitere Überlegung, die der Gemeinderat angestellt habe, sei die, dass bei der Erstellung des nächsten Budgets eine höhere Gewissheit bzw. bessere Entscheidungsgrundlagen vorliegen würden, da man dannzumal wisse, was der Grosse Rat beschlossen habe unter dem Titel FILAG, was unter dem Titel Kultursubventionen entschieden worden sei, usw.

Wie den Unterlagen zudem zu entnehmen sei, habe der Gemeinderat unter dem Motto "ein Unglück kommt selten allein" zur Kenntnis nehmen müssen, dass die kantonale Steuerverwaltung den steuerrechtlichen Sitz des wichtigsten Steuerzahlers der Gemeinde bei den juristischen Personen rückwirkend per 1.1.2003 nach Bern verlegt habe. Die Steuerverwaltung sei zum Schluss gelangt, dass der steuerrechtlich relevante Sitz dieser Unternehmung nicht Muri – Sitz gemäss Handelsregister-eintrag – sei, sondern die Firma den massgeblichen Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten in Bern wahrnehme. Dieser Entscheid der kantonalen Steuerverwaltung werde zu einer Verschlechterung des Rechnungsabschlusses 2010 um rund CHF 4 Mio. führen. Bekanntlich sei für das laufende Jahr ein Aufwandüberschuss von ca. CHF 2,3 Mio. budgetiert worden. Zähle man diese CHF 4 Mio. dazu, sei von einem Aufwandüberschuss von CHF 6,3 Mio. auszugehen. Selbstverständlich werde das Geschäft unter allen Regeln der Kunst mit der kantonalen Steuerverwaltung noch diskutiert – die Gespräche seien im Gang – und die Interessen der Gemeinde Muri würden bestmöglich gewahrt. Im Moment dürfe man sich aber keinen Illusionen hingeben. Deshalb sei nach dem Vorsichtsprinzip – was für die Haushaltsführung massgeblich und entscheidend sei – bei der Finanzplanung der zusätzliche Aufwand von CHF 4 Mio. bereits im Jahr 2010 eingestellt worden. Es würden zwar wie erwähnt noch weitere Gespräche stattfinden, der Finanzplan werde aber konservativ dargestellt und man sollte sich diesbezüglich keine Illusionen machen.

Dies seien seine wesentlichen Bemerkungen aus Sicht des Gemeinderats zu diesem Finanzpaket gewesen. "Gfreut" sehe anders aus, dies sei klar. Wir müssten nun das ausbaden, was andere uns eingebrockt hätten. Es müsse leider festgestellt werden, dass die Entscheide auf kantonaler Ebene ganz bewusst in diese Richtung getroffen worden seien – Stichwort Disparitätenabbau –, dass die Bandbreite zwischen den steuergünstigen und den "steuerungünstigen" Gemeinden weiter verschmälert werden solle. Er sage es hier ungern noch einmal: Aus volkswirtschaftlicher Sicht sei dies eine sehr kurzsichtige Handlungsweise, aber die entsprechenden Beschlüsse seien im Grossen Rat im Jahr 2000 so gefallen.

Der Vorsitzende erklärt, gemäss den kantonalen Vorschriften müsse der Voranschlag durch das Parlament zwingend beraten werden. Aus diesem Grund werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Zur Beratung schlage er folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, Detailberatung in folgender Reihenfolge: Investitionsplan (kapitelweise), Fragen und Bemerkungen zum Finanzplan Variante 1 und Variante 2, Voranschlag 2011 (kapitelweise), Zusammenstellung der nicht gebundenen Ausgaben.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Adrian Kauth führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, der Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2010-2015 liege vor, mit wenig erfreulichen Perspektiven für die nächsten Jahre. In der Presse sei er denn auch bereits intensiv behandelt worden, mit allen möglichen mittelfristigen Folgen und Auswirkungen. Die Aufgabe des Parlaments sei es nun aber, primär den Voranschlag für das kommende Jahr 2011 zu

- 19. Oktober 2010 -

prüfen und zu genehmigen. Die FDP/jf-Fraktion habe dies eingehend gemacht und habe ein paar wesentliche Bemerkungen zu folgenden Themen:

- Trotz des budgetierten Verlustes verbleibe ein Eigenkapital per Ende Jahr von über 3,2 Steuerzehnteln; die finanzpolitischen Vorgaben würden eingehalten.
- Die Nettoinvestitionen würden für das Jahr 2011 nicht beschnitten; sie würden über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegen. Es werde also nicht auf Kosten der Investitionen gespart.
- Mit den von der Gemeinde direkt beeinflussbaren Ausgaben werde erfreulicherweise wiederum sehr haushälterisch umgegangen. Die Hausaufgaben seien also gemacht worden.

Aus diesen Gründen könne die Fraktion dem gemeinderätlichen Vorschlag für das Budget 2011 in der vorliegenden Form zustimmen, und zwar getreu dem Motto "keine Steuern auf Vorrat" ohne Steuererhöhung für das kommende Jahr. Es sei der Fraktion aber bewusst, dass es gemäss dem heutigen Wissensstand für das Jahr 2012 voraussichtlich Korrekturen im Voranschlag brauchen werde. Wie diese allerdings aussehen und ausfallen würden, werde erst in einem Jahr konkret verhandelt werden können.

Martin Häusermann führt namens der forum-Fraktion aus, erneut liege ein Finanzplan vor, welcher nach bestem Wissen und Gewissen erstellt worden sei und alle würden verstehen, dass er mit gewissen Ungenauigkeiten verbunden sei. Er enthalte aber sowohl positive wie auch negative Effekte, man könne davon ausgehen, dass sich die Ungenauigkeiten gegenseitig kompensieren würden. Ein Finanzplan, welcher erneut den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit entspreche; auf die restriktive Bewirtschaftung des Sachaufwands sei bereits hingewiesen worden. Erfreulicherweise liege auch erstmals ein Finanzplan mit verschiedenen Varianten vor. Trotzdem sei diesmal vieles anders. Wir würden bereits unglücklich starten, indem wir für 2010 aufgrund eines kantonalen Steuerveranlagungsentscheides einen voraussichtlichen Abschluss von -CHF 6,4 Mio. würden ausweisen müssen. Wir würden dann weiter ins Jahr 2011 schlittern – wie vorhin auch von der FDP gesagt worden sei, sei in der Regel einzig das Folgejahr verlässlich geplant – mit einem weiteren massiven Defizit von budgetierten -CHF 5,5 Mio. Die Entscheidungsgrundlagen würden also klar vorliegen, doch wie entscheide sich der Rat? Die kantonale Steuergesetzgebung habe mit dem Finanzausgleich das politische Ziel, Gemeinden wie Muri-Gümligen zu einer Korrektur der Steueranlage zu bewegen. Wie man habe sehen können, betrage die Belastung durch den Finanzausgleich jährlich knapp CHF 14 Mio. Solle diesem übergeordneten Willen Folge geleistet werden? Oder solle man doch lieber noch etwas "strampeln" und das Kopfweh verschieben? Oder solle gar daran gedacht werden, Leistungen abzubauen und dadurch die Standortqualität zu gefährden? Oder solle die günstige Gelegenheit genutzt werden, welche die kantonale Steuergesetzrevision biete, die zu einer Minderbelastung unserer Bürgerinnen und Bürger führen würde? Eine gleichzeitige Anpassung des Steuersatzes der Gemeinde wäre dadurch besser vertretbar. Oder bleibe man doch besser bei den Fakten? Nämlich, dass in nur 2 Jahren eine Unterdeckung von knapp CHF 12 Mio. generiert würde, dass ohne gezieltes Handeln das Eigenkapital weiter schrumpfen und die Schulden ansteigen würden.

Die beiden letzten Voranschläge – welche jeweils mit einem vertretbaren Defizit vorgelegt worden seien – habe das forum noch unterstützt. Doch diesmal sei es nicht mehr bereit, die Verantwortung für den Finanzplan mitzutragen. Die Fraktion sage deshalb ein klares Nein zum Voranschlag 2011 mit unveränderter Steueranlage. Sie sage nein zum gemeinderätlichen Antrag, wie er vorliege. Dies sei auch der Grund, weshalb sie den von der SVP angekündigten Antrag, die Steuern bereits per 2011 zu erhöhen, vollumfänglich unterstützen werde. Der Moment zum Handeln sei jetzt gekommen, denn die Zitrone sei ausgepresst. Auch gelte das Prinzip der Hoffnung – im Sinne von "es gehe dann schon irgendwie" – nicht mehr länger. Es gelte nun,

Gegensteuer zu geben. Jetzt werde doch offensichtlich, dass der finanzpolitische Grundsatz "flexible Handhabung der Steueranlage" angewendet werden müsse. Oder sei der Gemeinderat etwa der Meinung, dass die Aussage "keine Erhebung von Steuern auf Vorrat" so lange gelte, bis das Eigenkapital minimiert und die Schulden maximiert seien? Dies wäre wahrlich schwer nachvollziehbar. Er bitte seine Ratskolleginnen und Ratskollegen, ihre Verantwortung wahrzunehmen, sich nicht mehr länger hinhalten zu lassen, die Augen zu öffnen und entsprechend zu handeln.

Markus Bärtschi erklärt, die SVP-Fraktion stelle – wie von Martin Häusermann bereits erwähnt – den Antrag, den Steuerfuss bereits ab 2011 auf 1.07 Einheiten anzuheben. Dies entspreche der Variante 1 bzw. den Berechnungen gemäss dem blauen Blatt in der Vorlage. Die SVP stehe bezüglich Steuern seit jeher auf dem Standpunkt: "So wenig wie möglich, aber eben auch so viel wie nötig". Die vorliegenden Zahlen würden keinen Zweifel daran lassen, dass man spätestens in einem Jahr gezwungen sein werde, die Steuern anzuheben. Die Investitionen seien bereits seit längerer Zeit unterdurchschnittlich tief und es sei absehbar, dass diese nicht auf diesem tiefen Niveau gehalten werden könnten, wenn man betrachte, was auf uns zukommen werde. Die Finanzen der Gemeinde würden – dank der anerkanntermassen guten Finanzpolitik der vergangenen Jahre und trotz der zunehmend schlechteren Rahmenbedingungen seitens des Kantons – aktuell ein vernünftiges Eigenkapital und eine massvolle Verschuldung aufweisen. Es sei gelegentlich zu vernehmen, dass nur eine Politik der leeren Kassen zu Ausgabendisziplin führe. Die Erfahrung zeige aber, dass dies nicht stimme, jedenfalls nicht solange die Möglichkeit offen stehe, die Schulden weiter zu erhöhen. Es sei im Gegenteil so, dass wenn schon im Budget Aufwandüberschüsse in Millionenhöhe prognostiziert bzw. in Kauf genommen würden, es dann schnell einmal auf etwas mehr auch nicht mehr ankomme. Der Ehrgeiz, das Budget einzuhalten – wie dies in der Vergangenheit grossmehrheitlich gelungen sei – wäre dann auf allen Stufen nicht mehr vorhanden. Das Ziel müsse sein, jedes Jahr ein einigermaßen ausgeglichenes Budget verabschieden zu können. Es könne dann, wie figura jetzt zeige, immer noch schlechter kommen, als man gedacht habe. Dafür stehe dann das Eigenkapitalpolster zur Verfügung; so könne zwischen positiven und negativen Überraschungen ausgeglichen werden.

Jetzt sei die Ausgangslage aber eine andere. Es sei nicht nur von einer einmaligen negativen Überraschung die Rede, sondern es sei gewiss, dass man dauerhaft mit den bisherigen Steuereinnahmen nicht mehr über die Runden kommen werde. In dieser Situation zuerst einmal die Reserven aufzubrechen, sei kurzsichtig. Der Kanton wolle die Gemeinde erklärermassen zu Steuererhöhungen zwingen und er werde dies auch tun. Unsere Verschuldung habe mit rund CHF 30 Mio. einen erfreulichen Stand erreicht. Der einmal definierte Rahmen von CHF 50 Mio. sei nach Meinung der SVP viel zu hoch. Er sei definiert worden, als sich die Schulden auf CHF 48 Mio. belaufen hätten und die Botschaft sei gewesen: "Nicht noch mehr, bis hier und nicht weiter". Dieses Ziel sei damals richtig gewesen. Aus heutiger Sicht liege der Richtwert für die SVP bei CHF 35 Mio. und abgesehen davon sollten auch nicht laufend ansteigende Schulden in Kauf genommen werden. Bei einer höheren Verschuldung müsste in den Folgejahren ein immer höherer Anteil der Steuereinnahmen für den Zinsendienst aufgewendet werden. Die Entwicklung werde auch ohne zusätzliche Schulden in diese Richtung gehen; die Zinsen würden nicht ewig auf dem aktuellen historischen Tiefpunkt verbleiben. Je mehr Schulden, desto mehr Zinslasten und desto weniger Handlungsspielraum für künftige Investitionen und Aufgaben seien vorhanden bzw. desto grösser sei der Druck, die steigenden Ausgaben über weitere Steuererhöhungen zu kompensieren. Es handle sich dabei um einen Teufelskreis.

In diesem Sinne bekenne sich die SVP dazu, dass eine Steuererhöhung nötig sei und eine Fortsetzung der bewährten vorsichtigen Finanzpolitik bedinge, dass diese sofort an die Hand genommen werde und nicht noch ein Jahr die Augen vor den Tatsachen verschlossen würden. Andernfalls werde in einem Jahr vermutlich eine grössere Erhöhung vorgenommen werden müssen, als wenn man nun ehrlich und realistisch sei. Über eine Steueranlage von 1.09 könne nun nicht befunden werden, sondern in einem Jahr werde wieder darüber gesprochen werden müssen, um wie viel die Steuern zu erhöhen seien. Er höre die Botschaft, dass man nach den beiden vorgelegten Plänen in 5 Jahren am gleichen Ort sei. Er traue ihr insofern nicht, als dass für die ersten beiden Jahre, welche einigermaßen sicher überblickt werden könnten, die beiden Pläne selbstverständlich auseinandergehen würden. Was nach dem Prinzip Hoffnung komme, in den nachfolgenden 3 Jahren, dort solle es sich dann korrigieren, aber da befinde man sich im Bereich des Voodoo. Wenn in 3-4 Jahren zurückgeblickt werde, werde es niemanden mehr gross interessieren, ob es ein Jahr länger gelungen sei, unter der magischen Zahl 1.00 zu bleiben mit dem Steuerfuss oder nicht. Auf welcher Höhe die künftige Steueranlage stabilisiert werden könne, das sei die entscheidende Frage. Er sei überzeugt, dass dies auf einem tieferen Niveau gelingen werde, wenn jetzt nicht zugewartet und der Kopf in den Stand gesteckt werde. Damit würden keine Steuern auf Vorrat erhoben. Auch die Konsequenzen dieser Variante würden eine Zunahme der Verschuldung zeigen. Sollte eine solche dann nicht eintreten, so könnte er damit auch leben.

Matthias Manz dankt namens der SP-Fraktion vorab der Finanzverwaltung, dass sie den Finanzplan etwas aussagekräftiger gestaltet habe, indem neu der Verlauf der Laufenden Rechnung ausgewiesen werde. Dadurch sei relativ gut ersichtlich, wie die Ausgaben und Einnahmen budgetiert würden. Die SP-Fraktion schliesse sich diesmal weitgehend den Überlegungen und den Anträgen des Gemeinderats an und nicht denjenigen der SVP. Dabei gehe es nicht um eine Frage der Ideologie oder um ein Ja oder Nein zu einer Steuererhöhung, sondern es gehe um praktische Überlegungen. Es sei unbestritten, dass Handlungsbedarf bestehe und alle seien sich wohl einig, dass dieser auch im nächsten Jahr noch genau gleich bestehen werde. Wenn in diesem Jahr keine Steuererhöhung vorgenommen werde, so sei diese im nächsten Jahr vorzukehren. Im Weiteren sei wohl ebenfalls allen klar, dass das Defizit nicht durch Sparen beseitigt werden könne, sei es bei den laufenden Ausgaben und schon gar nicht bei den Investitionen, dies wäre gegen die Wirtschaft und gegen die Arbeitsplätze. Eine Steuererhöhung sei also völlig unumgänglich. Nun stelle sich die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt und nach der richtigen Höhe. Es sei tatsächlich so, dass wichtige Parameter in diesem Jahr noch nicht genau, im nächsten Jahr aber besser bekannt seien. Zum einen sei den Steuereinnahmen noch nicht recht zu trauen. Wir seien nun langsam daran, aus der Krise herauszukommen und er könne sich vorstellen, dass im nächsten Jahr zuverlässigere Annahmen darüber vorliegen würden, wie die Steuereinnahmen "sprudeln" würden. Der zweite Punkt betreffe die Frage des FILAG: Vor einem Jahr seien in den offiziellen Unterlagen CHF 1,6 Mio. enthalten gewesen, welche die Gemeinde weniger einzubezahlen habe. Nun gehe der Gemeinderat von CHF 1,1 Mio. aus. Man wisse nicht, wo man nach dem Beschluss des Grossen Rates stehen werde und es handle sich um eine wichtige Kenngrösse, denn eine Million haben oder nicht haben spiele doch eine Rolle. Dritter Punkt: Wenn nun die Steueranlage auf 1.07 erhöht werde und in einem Jahr sei ersichtlich, dass dies nicht ausreichend sei, könne sie nicht einfach nochmals erhöht werden. Oder aber es sei ersichtlich, dass die Anlage von 1.07 zu hoch sei und man wolle sie einfach wieder reduzieren. Die Steueranlage könne nicht beliebig hinauf- oder hinabgesetzt werden, sondern jede Änderung des Steuerfusses bedinge eine Volksabstimmung. Er könne sich nicht vorstellen, dass der Rat kurz hintereinander Volksabstimmungen provozieren wolle. Wenn eine Steuererhöhung vorgenommen werde, sollte dies auf einer guten Datenbasis geschehen, damit die Steueranlage für ein paar Jahr hinhalte.



Ein weiterer Punkt verursache ihm ein "mulmiges" Gefühl: Gemäss den beiden Varianten des Finanzplans würden 2015 die Resultate ähnlich aussehen. Aber das Eigenkapital von rund CHF 10 Mio., welches dazumal noch ausgewiesen werde, sei gerechnet bei Investitionen von CHF 1,6 Mio. Niemand wolle wohl nur CHF 1,6 Mio. investieren. Werde nun gerechnet mit Investitionen von CHF 4 oder 5 Mio., sehe der Stand des Eigenkapitals noch viel schlechter aus. Dies sei seine Frage bzw. seine Kritik am Gemeinderat: Vom dicken Polster an Eigenkapital und den niedrigen Schulden habe profitiert werden können. Richtigerweise sei dieses Eigenkapital abgebaut worden, aber nun müsste doch eine Strategie vorhanden sein, wie man in 5-7 Jahren wieder zu einem Polster von vielleicht CHF 15-20 Mio. komme, denn die nächste Krise komme so sicher wie das Amen in der Kirche. Man dürfe sich nicht mit den CHF 10 Mio. zufrieden geben, sondern müsse wieder Kapital äufnen, damit in der nächsten Krise so gehandelt werden könne, wie dieses Mal.

Diese Überlegungen, nämlich

- dass für Veränderungen der Steueranlage jeweils Volksabstimmungen nötig seien,
- die unsichere Datenbasis,
- die mangelnden Informationen, wie zu einem Polster an Eigenkapital gelangt werden könne, ohne die Investitionen hinunterzufahren

würden die SP dazu veranlassen, eine Erhöhung der Steueranlage ab 2012 zu empfehlen. Der Gemeinderat werde aufgefordert, die nötigen Informationen und Strategien bezüglich Eigenkapital-Polster auf den Tisch zu legen. Man vergebe sich nichts, wenn man jetzt den Überlegungen des Gemeinderats folge. Er habe keine Angst davor, dass wenn nun auf eine Steuererhöhung verzichtet werde, im nächsten Jahr gesagt werde, man wolle die Sache nun doch durch Hinunterfahren der Investitionen regeln. Deshalb mache er dem Rat beliebt, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen.

## **Detailberatung Investitionsplan 2010 - 2015**

### Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung

Francesca Ruta (SP) verweist auf die Position 090 Verwaltungsgebäude. Dort stehe sowohl bei "Sofortmassnahmen und Projektierung" als auch bei "Umsetzung" ein PC3. Letztes Jahr sei noch die Priorität A4 aufgeführt gewesen. Sie erkundige sich, weshalb die Änderung von A4 zu C3 – das P sei klar, es gebe dazu eine SP-Motion – vorgenommen worden sei. Im Übrigen möchte sie sich erkundigen, ob in Zukunft vermerkt werden könnte, wenn die Priorität von einem Jahr zum andern gewechselt werde.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, der Wunsch werde aufgenommen. Es könne zukünftig so gehandhabt werden, dass eine Änderung der Einstufung gegenüber dem Vorjahr speziell gekennzeichnet werde. Im Übrigen sei tatsächlich in der Zwischenzeit ein Vorstoss eingereicht und überwiesen worden, deshalb das P. Die Einstufung sei zum Teil etwas grenzwertig, z.B. "was ist jetzt noch ein A4 und was rutscht zu einem C3". Es handle sich nicht um eine exakte Wissenschaft, sondern es sei ein gewisser Ermessensspielraum vorhanden. Man sei zum Schluss gekommen, dass wenn der politische Wille vorhanden wäre, die Sanierung des Gemeindehauses um ein paar Jahre hinauszuschieben, dies durchaus möglich wäre. Die Leistungserbringung der Gemeindeverwaltung wäre nicht in Frage gestellt, wenn die Sanierung in 4-6 Jahren vorgenommen würde. Der Gemeinderat sei aber im Einklang mit der überwiesenen Motion der Ansicht, dass es Sinn mache, die Sanierung relativ bald an die Hand zu nehmen. Der Gemeinderat habe sich anlässlich seiner letzten Klausur auch mit

- 19. Oktober 2010 -

diesem Geschäft befasst und gestützt auf die getroffenen Vorentscheide der Bauverwaltung den Auftrag erteilt, konkrete Unterlagen auszuarbeiten.

#### Kapitel 1, Öffentliche Sicherheit

Keine Bemerkungen

#### Kapitel 2, Bildung

Stefan Gautschi (forum) erklärt, er sehe, dass das Abwärmeprojekt HACO mit einem p.m. vermerkt sei. Gemäss Antwort auf seine Interpellation handle es sich um das einzige Projekt der Öffentlichkeit zu diesem Abwärmeprojekt. Die anderen seien private Projekte. Er erkundige sich, ob dies nicht in die Energieprojekte gemäss BEakom (869) gehören würde und wie lange dies noch als p.m. im Investitionsplan verbleibe. Ebenfalls erkundige er sich, weshalb bei den Schulliegenschaften ziemlich viele p.m. vermerkt seien. Ob die Investitionsbeträge zu tief angesetzt seien oder ob bereits von einer Schulraumplanung gesprochen werde?

Hans-Rudolf Saxer führt aus, das Abwärmeprojekt HACO beinhalte insbesondere in der ersten Phase zwei Module. Ganz klar im Vordergrund stehe das Modul ISB und der Bereich Siloah. Man hoffe, dort sehr rasch Nägel mit Köpfen machen zu können und dieser Bereich lasse gestützt auf die bisherigen Abklärungen auch wirtschaftlich gesehen wesentlich günstigere Resultate erhoffen, als dies bei der Schulanlage Moos der Fall sei. Die Philosophie sei diejenige, dass in dieser Phase alle Kräfte auf die ISB gerichtet werden sollen, da dort auch Handlungsbedarf bestehe bezüglich der übrigen Gebäude im Perimeter Siloah, weil das bestehende Wärmeversorgungssystem absolut am Anschlag sei. Danach folge, wenn die Rechnung einigermaßen vertretbar sei, der zweite Schritt. Dieser sei aber noch viel zu offen, um bereits Nägel mit Köpfen machen zu können. Der Grund, weshalb das Abwärmeprojekt HACO bei den Schulliegenschaften und nicht beim BEakom sei, liege darin, dass es wichtig sei, dass die Kosten über die Schulliegenschaften integral von A bis Z nachgewiesen werden könnten. Da es um Abwärme für die Schulanlage Moos gehen werde, sei das Projekt aus Gründen der Transparenz und Vollständigkeit bei den Schulliegenschaften angesiedelt worden.

#### Kapitel 3, Kultur und Freizeit

Suzanne Fankhauser (SP) erklärt, die SP-Fraktion gehe davon aus, dass die Umsetzung der Jugendmotion, welche ja immer noch im Raum stehe, bei diesem Betragsvolumen endlich realisiert werden könne. Sie hoffe schwer, dass dies nun endlich stattfinden könne, sonst seien dann die Jugendlichen plötzlich über 100 und gingen nicht mehr skaten.

#### Kapitel 4, Gesundheit

Keine Bemerkungen

#### Kapitel 5, Soziale Wohlfahrt

Keine Bemerkungen

#### Kapitel 6, Verkehr

Lee Streit (forum) führt aus, sie habe eine Verständnisfrage: Unter 02 Staatsstrassen sei der erste Begriff p.m. Thunstrasse / Verschiebung Kirchenmauer. Seit Jahren sei dort p.m. "Zugang Kirche Muri" enthalten gewesen. Nun habe der Begriff gewechselt und sie wisse nicht, ob der Zugang noch enthalten wäre. Bei der Verschiebung der Kirchenmauer müsse man an die prekäre Verkehrssituation denken, welche verändert werden sollte. Gleichzeitig müsste die Mauer, welche am Abbröckeln sei, neu erstellt werden. Aber ob hier im Hintergrund auch der Zugang zur Kirche noch erhalten sei oder ob dieser resigniert fallen gelassen worden sei weil man sage, dieser komme ohnehin nie zustande?

Niklaus von Fischer (forum) erklärt, er verweise auf den vom forum formulierten und vorgängig verteilten Antrag. Dieser betreffe sowohl die Position 620.03 als auch die Position 770 Naturschutz. Der Antrag laute wie folgt: "Der Betrag im Investitionsplan für die Umsetzung des Landschaftsrichtplanes ist auf jährlich CHF 50'000.00 zu erhöhen (ganze Planperiode CHF 250'000.00). Im Gegenzug ist der jährliche Rahmenkredit für den Strassenunterhalt in den Jahren 2013 bis 2015 unverändert auf CHF 500'000.00 zu belassen." Seit längerer Zeit habe für den Strassenunterhalt ein Rahmenkredit von CHF 500'000.00 bestanden und nun sei plötzlich für die Jahre 2013-2015 ein solcher von CHF 600'000.00 vorgesehen. Das forum sei der Meinung, CHF 500'000.00 seien auch in den Jahren 2013-2015 ausreichend.

Hans-Rudolf Saxer führt bezüglich Kirchenmauer aus, die Schwierigkeit für die Gemeinde Muri liege darin, dass der Lead bei diesem Projekt ganz klar beim Kanton liege, da es sich um eine Kantonsstrasse handle. Der Kanton stelle sich seit Jahren auf den Standpunkt, die dortige Verengung habe den Vorteil, dass die Geschwindigkeit reduziert werde. Dies sei zwar richtig, habe aber auch die Gefährdung der Velofahrenden zur Folge. Neuerdings sei eine gewisse Veränderung in der Haltung des Kantons feststellbar. Dies habe den Gemeinderat dazu bewogen, die Verschiebung der Kirchenmauer wieder in den Investitionsplan aufzunehmen. Es müsse aber ganz klar gesagt werden, dass eine Sanierung der Thunstrasse als Kantonsstrasse mit einer Verschiebung der Mauer nicht Sache der Gemeinde sei. Eine solche ginge zu Lasten des Kantons und allenfalls zu Lasten von angrenzenden Grundeigentümern. Die Gemeinde könne aber im Moment nicht ausschliessen, dass gewisse flankierende Massnahmen nötig würden, bei welchen die Gemeinde zum Zug kommen würde. Deshalb sei diese Position einmal aufgenommen worden, man habe aber in keiner Art und Weise die Möglichkeit, sie irgendwie zu beziffern. Im Übrigen könne er Lee Streit bestätigen, dass der Zugang zur Kirche nicht irgendwie zwischen Stuhl und Bänke falle, die entsprechende Motion werde ja jeweils auch im Verwaltungsbericht weiter "betreut". Auch wenn dies mit dem Projekt Verschiebung der Kirchenmauer direkt keinen Zusammenhang habe, so werde er ganz sicher die Gelegenheit nutzen, um zu sondieren, ob man allenfalls auch dort einen Schritt weiter kommen könnte.

Zur Fragestellung von Niklaus von Fischer bezüglich Senkung der Finanzmittel bei den Strassen in Kombination mit einer Anhebung der Finanzmittel für den Natur- und Landschaftsschutz könne er einleitend darauf verweisen, dass sich der Gemeinderat im Rahmen der Beantwortung der Interpellation forum-Fraktion betr. Inkraftsetzung und Umsetzung Landschaftsrichtplan sehr eingehend – namentlich auch zu den eingestellten Beträgen für den Natur- und Landschaftsschutz im Investitionsplan – geäussert habe. Er verweise diesbezüglich auf Seite 3 der damaligen Botschaft, welche anlässlich der GGR-Sitzung vom 25. Mai 2010 behandelt worden sei. Der Gemeinderat habe insbesondere darauf hingewiesen, dass ein falsches Bild entstehe, wenn beim Natur- und Landschaftsschutz nur gerade der Investitionsplan beigezogen werde, weil die Gemeinde Muri in Tat und Wahrheit wesentlich mehr investiere, als im Investitionsplan enthalten sei. Auch in der Laufenden Rechnung habe es Budgetrubriken, welche in diesem Zusammenhang Beträge vorsehen würden. Darüber hinaus gebe es noch separate Objektkredite, mit welchen der Gemeinderat bei Bedarf einzelne Ökoprojekte unterstütze. Beispielsweise werde auch im Bereich Wald- und Forstwirtschaft Geld investiert, Stichwort abgestufte Waldränder. Es könne gesagt werden, dass sich die Ausgaben der Gemeinde Muri für den Natur- und Landschaftsschutz pro Jahr auf rund CHF 90'000.00 belaufen würden. Ein Vergleich mit anderen Gemeinden sei interessant. In der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit habe kein Benchmarking mit 10 andern Gemeinden gemacht werden können, aber immerhin sei ein Vergleich mit den Gemeinden Münsingen und Köniz möglich gewesen. Ein entscheidender Parameter sei, wie viele Hektaren eines Gebietes, für welches etwas getan werden müsse, vorhanden seien. Es habe festgestellt werden

können, dass die Gemeinde Muri pro Hektare im Vergleich zu Köniz und Münsingen drei bis sieben Mal mehr investiere in den Natur- und Landschaftsschutz. Dies zeige, dass die Gemeinde Muri in diesem Bereich überdurchschnittlich viel mache. Ein Vergleich mit denselben beiden Gemeinden im Bereich Strassenausgaben zeige, dass Muri brutto pro EinwohnerIn einen tieferen Betrag als Münsingen und Köniz aufwende. Werde dies auf die Strassenausgaben pro km umgerechnet, so sei Muri am kostengünstigsten. Der Vergleich zeige, dass Muri im Bereich Strassen nicht zuviel mache. Ein anderer Vergleich sei dem GGR schon wiederholt kommuniziert worden: Der Wiederherstellungswert unserer Strassen liege bei CHF 95 Mio. Nach allgemeinen Grundsätzen sollten jährlich 1,6 % investiert werden, was ca. CHF 1,5 Mio. ergeben würde. Im langjährigen Schnitt investiere die Gemeinde gut CHF 1 Mio., also weniger, als man eigentlich sollte. Daraus könne der Schluss gezogen werden, dass im Bereich Natur- und Landschaftsschutz im Vergleich mit den beiden erwähnten Gemeinden überdurchschnittlich viel, im Bereich Strassenbau ganz sicher nicht zuviel getan werde. Diejenigen, welche schon längere Zeit Mitglied des Grossen Gemeinderates seien, hätten noch Zeiten erlebt, wo unter dem Titel Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen CHF 800'000.00 im Investitionsplan enthalten gewesen seien. Dieser Betrag sei dann auf CHF 600'000.00 und in einem weiteren Schritt auf CHF 500'000.00 reduziert worden. Vor diesem Hintergrund sei man bei der Überarbeitung des Investitionsplans zum Schluss gekommen, dass dem GGR zu signalisieren sei, dass man im Moment davon ausgehe, dass in der hinteren Hälfte des Investitionsplans etwas mehr investiert werden müsse. Dies sei aber eigentlich im Moment nur ein Hinweis, da die Erhöhung für die Jahre 2013-2015 vorgesehen sei. Im nächsten Jahr komme man wieder damit und man könne schauen, wie die Situation aussehe. 2011 werde unter diesem Titel sicher nicht mehr ausgegeben, als in diesem Jahr. Der Gemeinderat sei aber der Meinung gewesen, es sei ein wichtiger Hinweis zuhanden des Parlaments, dass er davon ausgehe, dass mittelfristig in diesem Bereich aufgestockt werden müsse.

#### Kapitel 7, Umwelt und Raumordnung

Stefan Gautschi (forum) erklärt, er habe einen Hinweis zur Position 750 Gewässerverbauungen. Momentan würden CHF 20'000.00 investiert, in zwei Jahren gebe es einen Sprung auf CHF 100'000.00 bzw. Gesamtkosten von CHF 1,5 Mio. Er nehme still an, dass es sich hier um Investitionen Kostenteiler Projekt aarewasser handle. Wenn dem so sei, so wolle er doch darauf hinweisen, dass das Projekt aarewasser nicht nur Gewässerverbauungen beinhalte, sondern es habe drei Funktionen, nämlich Hochwasserschutz, Trinkwasserschutz und Naturschutz, es sei also auch ein Öko-projekt. Trinkwasserschutz bedeute, dass das Trinkwasser geschützt werde und entsprechend stelle sich auch die Frage, ob nach dem Verursacherprinzip daran zu denken wäre, in Zukunft einen Teil davon in Wassergebühren umzuwälzen. Damit würden diejenigen, die diesen Schutz in Anspruch nehmen, auch entsprechend dafür bezahlen.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, es handle sich bekanntlich um einen kantonalen Wasserbauplan, welcher von Thun bis Bern führe. Es handle sich um ein Projekt, welches an Zähflüssigkeit nicht zu übertreffen sei. Er hoffe sehr, dass punkto Betonleitwerk nichts passiere und dem Kanton gegenüber sei x-mal kommuniziert worden, dass eine Beschleunigung sehr begrüsst würde. Es könne niemand eine Garantie dafür abgeben, wie lange das Betonleitwerk noch halten werde. Unter der Rubrik Hochwasserschutzmassnahmen sei – wie von Stefan Gautschi angetönt – ein massgeblicher Teil auch Ökologie. Dies sei der Beweis für das vorher Gesagte, dass nämlich auch in anderen Rubriken Elemente der Ökologie "versteckt" seien. Selbstverständlich sei vorgesehen, dass wenn die Kosten des die Gemeinde Muri betreffenden Abschnitts einmal genau definiert seien, zwischen den Gemeindebetrieben (Stichwort Schutz des Trinkwassers) und der Gemeinde (Stichworte Ökologie, Hochwasserschutz) ein Kostenteiler festgelegt werde. In den Investitionsplan sei einstweilen

- 19. Oktober 2010 -

behelfsmässig ein runder Betrag aufgenommen worden, welcher jedoch die Grundidee eines Kostenteilers bereits beinhaltet. Es sei klar, dass ein Teil der Kosten nach dem Verursacherprinzip den Gemeindebetrieben und damit den Gebühren der Trinkwasserversorgung belastet werden müssten.

Der Vorsitzende führt aus, der Antrag der forum-Fraktion sei bereits unter Kapitel 6 zur Kenntnis genommen worden und bei der Abstimmung über den Investitionsplan werde darüber abgestimmt.

Kapitel 8, Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen

Kapitel 9, Finanzen und Steuern

Keine Bemerkungen

Zusammenfassung

Keine Bemerkungen

Investitionsplan 2010 - 2015 nach Prioritäten

Keine Bemerkungen

Zum Investitionsplan werden keine weiteren Wortbegehren gestellt.

**Finanzplan 2010 - 2015**

Finanzplan Steueranlage 1.07, Variante 1

Keine Bemerkungen

Finanzplan Steueranlage 1.09 ab 2012, Variante 2

Keine Bemerkungen

**Detailberatung Voranschlag 2011**

Die Beratung des Voranschlags erfolgt kapitelweise nach der Funktionalen Gliederung.

Zum Voranschlag werden keine weiteren Wortbegehren gestellt.

**Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben**

Keine Bemerkungen

Rolf Friedli und Hans-Rudolf Saxer verzichten als Sprecher der GPK bzw. des Gemeinderates auf ein Schlusswort.

## Abstimmungen

### Antrag der forum-Fraktion zum Investitionsplan

"Der Betrag im Investitionsplan für die Umsetzung des Landschaftsrichtplanes ist auf jährlich CHF 50'000.00 zu erhöhen (ganze Planperiode CHF 250'000.00). Im Gegenzug ist der jährliche Rahmenkredit für den Strassenunterhalt in den Jahren 2013 bis 2015 unverändert auf CHF 500'000.00 zu belassen."

### Beschluss (grossmehrheitlich)

Der Antrag der forum-Fraktion wird abgelehnt.

### Beschlüsse

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2010 - 2015 wird genehmigt. (40 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
2. Vom Finanzplan 2010 - 2015 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Voranschlag 2011 insgesamt maximal 1,3 % zur Verfügung gestellt. (40 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

### Antrag der SVP-Fraktion zur Steueranlage

"ordentliche Gemeindesteuer im 1.07-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze"

### Beschluss (16 Ja / 24 Nein / 0 Enthaltungen)

Der Antrag der SVP-Fraktion wird abgelehnt.

4. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2011 wird mit folgenden Ansätzen genehmigt: (31 Ja / 9 Nein / 0 Enthaltungen)
  - ordentliche Gemeindesteuer im 0.99-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze;
  - Liegenschaftssteuer 0,5 ‰ des amtlichen Wertes;
  - Feuerwehrpflichtersatzabgabe 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00;
  - Hundetaxe für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund CHF 100.00.

## 4 Sanierung Aarebad; Kreditabrechnung

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Roland Meyer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, es sei erfreulich, dass keine Kreditüberschreitung vorliege. In den letzten Jahren hätten bei öffentlichen Aufträgen stets Überschreitungen stattgefunden, diesmal nicht. Es habe sogar mehr als ursprünglich geplant gemacht werden können. Dank Leuten, die dafür besorgt gewesen seien, dass die Sanierung funktioniere, dank Architekten, welche den Handwerkern auf die Finger geschaut hätten. Wir hätten ein Schmuckstück erhalten, auch wenn äusserlich im Aarebad gar nicht viel habe gemacht werden müssen. Es sei aber ein gutes Resultat erzielt worden und für diejenigen, die im Bad arbeiten würden, habe vieles vereinfacht werden können. Dies sei das Ziel der zusätzlichen Arbeiten gewesen, welche der Bauabrechnung zu entnehmen seien. Aus dieser Abrechnung wolle er Punkt 10 herausnehmen. Dort sei es um Elektroinstallationen gegangen,

- 19. Oktober 2010 -

welche im Kostenvoranschlag mit rund CHF 25'000.00 veranschlagt gewesen seien. In der Abrechnung 2. Etappe resultiere dann ein Betrag von rund CHF 50'000.00. Dazu sei es gekommen, weil man einen zu tiefen Querschnitt gehabt habe, da im Restaurationsbetrieb zusätzliche Apparate installiert worden seien. Aus diesem Grund habe ein neues Tableau angebracht werden müssen und deshalb seien diese Kosten wesentlich angestiegen. Nichtsdestotrotz liege nun die erfreuliche Kreditunterschreitung von rund CHF 30'000.00 vor und er bedanke sich bei allen, die bei diesem Geschäft mitgearbeitet hätten.

Eintreten wird nicht bestritten.

Ruth Raaflaub erklärt namens der FDP/jf-Fraktion, sie bedanke sich für die ausführlichen Bauabrechnungsunterlagen und für die gelungene Sanierung des Aarebades. Es sei stets erfreulich, wenn bei der Abrechnung eine Kreditunterschreitung ausgewiesen werden könne. Die Fraktion habe die Abrechnung im Detail angeschaut und ihr sei auch die Überschreitung bei den Elektroinstallationen aufgefallen. Roland Meyer habe nun ausgeführt, es habe mehr gemacht werden können und sie habe noch eine kurze Frage: In den Bereichen Schlosserarbeiten und Baumeisterarbeiten würden ebenfalls Überschreitungen gegenüber dem Kostenvoranschlag vorliegen. Ob auch hier mehr habe gemacht werden können? Eine zweite Frage betreffe die Zäune: Auf Seite 3, Ziff. 9, Reparatur Zäune, sei gemäss Kostenvoranschlag ein Betrag von CHF 12'000.00 veranschlagt gewesen, gemäss Abrechnung seien CHF 1'737.00 dafür gebraucht worden. Es handle sich um eine grosse Diskrepanz und sie möchte wissen, ob man festgestellt habe, dass eine Reparatur der Zäune nicht wie ursprünglich vorgesehen nötig sei? Aber wie es denn zu erklären sei, dass offenbar nun im Nachhinein Leute festgestellt hätten, dass die Zäune doch repariert werden müssten? Ob dies allenfalls noch nachgeholt werde?

Roland Meyer führt zu den Baumeisterarbeiten aus, dass zusätzliche Arbeiten hätten ausgeführt werden müssen. Bei den Garderobentrakten habe man festgestellt, dass die tragenden Säulen im Boden rostig gewesen seien. Diese hätten saniert werden müssen, was zu einem Kostenanstieg geführt habe. Es seien noch zusätzliche kleinere Sachen zum Vorschein gekommen, welche hätten angepackt werden müssen, der wichtigste Teil seien aber diese Säulen gewesen. Was die Zäune anbelange, so könnten diese momentan noch so belassen werden. Die Gefahr, dass etwas kaputt gehe, sei nicht sehr gross. Zu gegebener Zeit würden diese Zäune selbstverständlich repariert. Eine Überprüfung habe aber ergeben, dass sie momentan, auch wenn sie vielleicht an einigen Orten etwas rostig seien, noch so belassen werden könnten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Roland Meyer nicht verlangt.

#### Beschluss (einstimmig)

Die Bauabrechnung für die Sanierung des Aarebads wird genehmigt. Sie schliesst bei bewilligten Aufwendungen von CHF 1'913'000.00 mit Kosten von CHF 1'881'812.60 ab (Kreditunterschreitung von CHF 31'187.40).

## 5 Motion FDP/jf-Fraktion: "Fähribeizli dem Volk"; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Jsabelle Gosswiler (FDP) führt aus, seit 2 Jahren sei das Fähribeizli im Besitz unserer Gemeinde. Damit sei die Gemeinde verantwortlich für den Betrieb, den Unterhalt und die Verpachtung des Restaurantbetriebs. Nach Meinung der FDP seien dies aber nicht Kernaufgaben einer Gemeinde. Aus diesem Grund habe die FDP/jf-Fraktion letztes Jahr mit einer Motion den Gemeinderat beauftragt abzuklären, ob die Möglichkeit einer anderen Trägerschaft für das Fähribeizli bestehe und damit den in unserer Gemeinde beliebten und verankerten Treffpunkt in der uns bekannten Art zu erhalten. Mit Freude habe sie nun Kenntnis genommen vom vorliegenden Zwischenbericht. Die finanziellen Eckdaten seien diesem zu entnehmen. Trotzdem würden ihr vier Punkte wichtig erscheinen. Das Fähribeizli verbleibe im Besitz der Gemeinde, es werde nämlich nur im Baurecht abgegeben. Zudem würden jährliche Baurechtszinsen in der Höhe von CHF 10'000.00 anfallen. Mit einem Sitz der Gemeinde im Verwaltungsrat sei es ihr auch jederzeit möglich, Interventionsmassnahmen zu ergreifen. Ausserdem sei jede Person unserer Gemeinde befähigt, Aktionär zu werden und so zum Erhalt des Fähribeizlis beizutragen. Frau Renate Meier, die langjährige und beliebte Pächterin, begrüsse die ausgearbeiteten Vorschläge und Ideen und habe bereits ihre Mitarbeit bei der zukünftigen Bewirtschaftung des Restaurants zugesagt. Sie werde ebenfalls Zeichnungsscheine bei sich auflegen, damit interessierte Leute direkt vor Ort Aktien zeichnen könnten. Zu guter Letzt werde auch mit dem neuen Konzept dem Auenschutz Rechnung getragen. Es würden keine neuen Parkplätze bewilligt und daher werde auch in Zukunft – wie bis anhin – das Fähribeizli hauptsächlich zu Fuss oder mit Velo zu erreichen sein. Aus diesen Gründen freue sie sich schon auf den nächsten Sommer.

Johanna Ziberi (SP) erklärt, sie möchte eine kleine Anmerkung zu Protokoll geben. Ihre Vorrednerin habe bereits Bezug darauf genommen. Der Reiz des Fähribeizlis – oder auch sein spezieller Selling Point, welcher nun mit den Aktionären wichtig werde – sei es, dass es an einem Plätzchen liege, wo man nicht einfach mal mit seinem Auto hinkurven könne. Wie in der Botschaft auch ausgeführt werde, sei es ein Auenschutzgebiet. Es liege eingebettet in einer intakten Natur. Autos hätten dort nichts zu suchen. Das Fähribeizli sei ein Insidertipp, nicht einfach eines von den hundert anderen möglichen Beizlis, die es so gebe. Das Fähribeizli sei etwas Spezielles, es zeige an, wo die Aare bei Muri fliesse. Damit dies funktioniere, dürften dort nicht mehr Parkplätze hinkommen. Wie allen bekannt sei, würden die Parkplätze vielleicht nicht einmal von den Fähribeizli-Besuchern besetzt. Wahrscheinlich wären es eher die jungen Leute, die ihr Bier nicht den Aarehang hinuntertragen wollten, die dort parkieren würden. In einem künftigen Bewirtschaftungsplan müsse also nicht von Verkehrserschliessung gesprochen werden. Bei der Bewirtschaftung müsse davon gesprochen werden, wie der Verkehr dort auch in Zukunft ferngehalten werden könne. Es wäre jedenfalls ein fataler Fehler, Autofahrer anzuziehen. Die SP würde sich auf jeden Fall dagegen zur Wehr setzen, sofern dies versucht werden sollte.

Markus Bärtschi (SVP) führt aus, auch die SVP habe den Bericht erfreut zur Kenntnis genommen und würde es begrüssen, wenn das Projekt so umgesetzt werden könnte. Allerdings erscheine ihr im Sinn einer Zwischenbemerkung zu diesem Zwischenbericht Folgendes erwähnenswert: Bei den skizzierten Randbedingungen von einer Volksaktie zu sprechen, sei leicht vermessen. Einerseits liege die Eintrittsschwelle mit CHF 1'000.00 Aktienkapital und CHF 1'000.00 Aktionärsdarlehen relativ hoch. Andererseits mache die vorgängige Festlegung auf ein bestimmtes Kapital, welches



- 19. Oktober 2010 -

zahlenmässig einen beschränkten Kreis ergebe, eher den Eindruck einer geschlossenen Gesellschaft. Die SVP möchte daher im Sinne einer Anregung dazu einladen, zu überprüfen, ob nicht eine kleinere Stückelung der Aktien ins Auge gefasst werden könnte, beispielsweise CHF 500.00 pro Aktie und CHF 500.00 Aktionärsdarlehen, um die Einstiegshürde hinunterzusetzen. Zudem wäre zu prüfen, ob nicht eine Auflage zur Zeichnung ohne vorbestimmtes Aktienkapital gemacht werden könnte. Der Anteil der Gemeinde müsste ja nicht zwingend 10 % betragen, er könnte fix bleiben. Die CHF 300'000.00 würden dann nur als Minimum gelten, welches erreicht werden müsse. Liege eine Überzeichnung vor, umso besser, dann werde die AG halt mit einem höheren Kapital gegründet. Es sei denkbar, dass sich schlussendlich am Ergebnis nicht sehr viel ändere. Aber die gute Idee würde dann doch noch wesentlich sympathischer daherkommen.

Hans-Rudolf Saxer bedankt sich vorab für die gute Aufnahme des Geschäfts. Es handle sich um ein spannendes Projekt und der Gemeinderat sei davon überzeugt, dass es eine gute Sache werde. Die Feststellungen betreffend Verkehrserschliessung habe er zur Kenntnis genommen, sie würden auch der Philosophie des Gemeinderats entsprechen. Zu den Hinweisen von Markus Bärtschi könne er ausführen, dass diese auch schon in der Projektgruppe diskutiert worden seien. Es werde sicherlich dahingehend gehandhabt, dass man sage, das Ziel sei der Betrag von CHF 300'000.00 als Minimum. In Kürze werde ein Prospekt veröffentlicht werden und dieser werde so gestaltet, dass dieser Betrag nicht bereits so gemeisselt sei. Sollten dann CHF 400'000.00 oder CHF 450'000.00 erzielt werden, könne die Fähribreizli AG etwas besser kapitalisiert werden und es würden definitiv keinerlei Bankdarlehen benötigt. Das strategische Ziel sei die Selbstfinanzierung mit dem Aktienkapital und dem Darlehen und daher werde sicher die diesbezügliche Flexibilität eingebaut. Den anderen Hinweis betreffend Stückelung der Aktien nehme er sehr gerne zur Diskussion in der Arbeitsgruppe entgegen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

#### Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion FDP/jf-Fraktion - "Fährreizli dem Volk" wird Kenntnis genommen.

## **6 Motion Aebersold (SVP): Gezielte Anreize und Berücksichtigung von Betrieben mit Lehrlingsausbildung im Submissionsverfahren; Abschreibung**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Roland Meyer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Jürg Aebersold (SVP) bedankt sich beim Gemeinderat für die rasche Erledigung dieses Geschäfts. Beim Kanton sei dieses System seit rund 2 Jahren in Betrieb. Muri sei nun eine der ersten Gemeinden, welche dieses Instrument auch habe und die Lehrbetriebe würden dies sehr begrüssen. Es bedeute auch eine gewisse Motivation, eventuell einmal einen Lehrling mehr einzustellen, denn so erhalte man vielleicht einmal einen Auftrag, wenn der Zuschlag auf Messers Schneide sei.

Johanna Ziberi führt aus, die SP-Fraktion bedanke sich bei den Motionären dafür, dass sie eine so tolle Motion eingereicht hätten, und beim Gemeinderat für die rasche und gute Beantwortung. Die SP sei extrem stolz auf die SVP Muri-Gümligen, welche sich massiv von den Massen abhebe.

- 19. Oktober 2010 -

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Roland Meyer nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Aebersold (SVP): Gezielte Anreize und Berücksichtigung von Betrieben mit Lehrlingsausbildung im Submissionsverfahren wird als erfüllt abgeschrieben.

## 7 **Motion Ruta (SP) betr. Veloweg Thoracker-Saali**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er wolle kurz etwas zur Stellungnahme des Gemeinderats, Punkt 3 "Gespräche mit den Baurechtsnehmenden im Thorackerquartier ... (Verbreiterung des Verbindungsweges)", sagen. Wer die Örtlichkeiten kenne wisse, dass der Weg irgendeinmal durch das Gebäude hindurchführe und dann gelange man auf den Kranichweg. Es bestehe also nicht die Absicht, das Haus abzubrechen, um einen breiteren Veloweg zu haben. Das dortige Engnis sei ein Problem und man werde eine Lösung suchen müssen. Eine Erweiterung des Durchgangs sei aber nicht möglich, es handle sich um Privatgrund und man habe nicht die Möglichkeit am Haus herumzuflicken. Wie der Stellungnahme zudem entnommen werden könne, brauche es die Stadt Bern als Partner und hier bleibe man am Ball.

Francesca Ruta (SP) bedankt sich für die Antwort. Es freue sie, dass damit die Angelegenheit gewürdigt werde. Ebenfalls bedanke sie sich für die sehr wohlwollende Formulierung der Stellungnahme. Zu den Ausführungen von Christian Staub bezüglich des Gebäudes gebe es eigentlich nichts mehr zu sagen und die Büsche und Hecken vor dem Gebäude seien wohl nicht so ein Problem.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Christian Staub nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Ruta (SP) betreffend Veloweg Thoracker-Saali wird überwiesen.

## 8 **Information des Gemeinderats**

Feuerwehr

Christian Staub erklärt, wie heute Abend habe festgestellt werden können, seien freie Parkplätze etwas rar gewesen. Dies deshalb, weil die Rekrutierung der Feuerwehr stattfindet. Diese Rekrutierung werde jeweils ausgeschrieben und finde jedes Jahr statt. Man hoffe, möglichst viele von denjenigen, die sich stellen würden – eine ähnliche Sache wie beim Militär – für den Feuerwehrdienst gewinnen zu können.

Ein weiterer Hinweis im Zusammenhang mit der Feuerwehr sei, dass am Samstag, 23. Oktober 2010, in der Schulanlage Seidenberg die Hauptübung durchgeführt werde. Diese sei öffentlich und er rufe die Ratsmitglieder dazu auf, diese Hauptübung zu besuchen, zu schauen was gemacht werde und einmal mehr biete sich die Möglichkeit, das Fahrzeug zu besichtigen. Eventuell könne sogar damit gefahren werden,

dies entziehe sich seiner Kenntnis, aber sicherlich könne man in einem Fahrzeug hinters Steuerrad sitzen. Er empfehle den Anlass wärmstens.

## 9 Neue parlamentarische Vorstösse

### **Postulat Ramina Wakil (SP) betreffend Informationskonzept für AusländerInnen in der Gemeinde Muri Gümligen**

Die Integration der AusländerInnen kann in der Wirtschaft prinzipiell als erfolgreich bezeichnet werden, aber es bestehen Integrationsdefizite in der Gesellschaft und vor allem im Gemeindebereich. Die TAK (Tripartiten Agglomerationskonferenz) hat bereits im Jahre 2009 konkrete Empfehlungen für die drei Gremien Bund, Kantone und Gemeinde zur Weiterentwicklung der Schweizerischen Integrationspolitik lanciert. Das Konzept beinhaltet vor allem, dass die AusländerInnen in möglichst vielen Bereichen vollumfänglich informiert und für ein Gemeindeleben gewonnen werden. Das Schwierigste an dieser Sache ist natürlich, alle Zugewanderten für diesen Integrationsprozess zu gewinnen oder zumindest das Interesse für das alltägliche Leben in der Gemeinde zu wecken.

#### **Begründung**

Die Integrationsförderung findet primär auf der Gemeindeebene statt. Vor allem in Vereinen, in Sportverbänden, in der Schule und auch im Quartierleben. Das grösste Potenzial für Verbesserungen besteht im Austausch zwischen den Eltern, den Schulen und in der Nachbarschaft. Ein Kommunikationsmangel erschwert die Integration umso mehr. Kommunikation geht in beide Richtungen: Welche Erwartungen werden von den Ansässigen und den Behörden an die Zuwandernden gestellt? Wie können sich diese umgekehrt in ihrer neuen Umgebung orientieren und sich hier wohl fühlen? Folglich stellt sich die Frage, welches Informationskonzept die Gemeinde für die AusländerInnen in Muri-Gümligen anwendet und welche integrationspolitischen Instrumente (Leitbilder, Ressourcen etc.) der Gemeinde überhaupt zur Verfügung stehen.

Diesbezüglich müssen folgende Punkte geprüft und - falls Handlungsbedarf besteht - Konzepte erarbeitet werden:

1. Informationsfluss in den Schulen  
Bereits heute wird in den Schulen schon sehr viel angeboten, wie z.B: Nachhilfestunden für AusländerInnen, doch wie wird die Betreuung durch die Schulen zukünftig gefördert? Z.B: Früherkennung bei Problemen der Verständigung zwischen den Lehrpersonen und den Eltern.
2. Informationsfluss und Betreuung durch den Sozialdienst  
Zusätzlich zur Unterstützung durch den Sozialdienst sollte geprüft werden, ob die AusländerInnen über Angebote der Sprachförderung, der Bildung etc. informiert werden.
3. Informationsfluss durch die Gemeinde  
Welche "Empfangsbegrüssung" strebt die Gemeinde für neue zugewanderte AusländerInnen an? Besteht ein Leitbild oder zumindest ein Informationskodex für die AusländerInnen, wo ersichtlich ist, welche Angebote in der Gemeinde bestehen?
4. Aktivierung der AusländerInnen  
Mit welchen Massnahmen können die AusländerInnen zum aktiven Mitwirken (auch in der Politik) durch die Gemeinde Muri gefördert werden.

- 19. Oktober 2010 -

Wir müssen verhindern, dass sich schon bei der ersten Instanz, nämlich der Gemeinde, eine Parallelgesellschaft bildet.

Der Gemeinderat wird eingeladen darzulegen, mit welchen Mitteln die AusländerInnen in unserer Gemeinde besser informiert und integriert werden können.

Muri, 19. Oktober 2010

Ramina Wakil

S. Fankhauser, B. Wegmüller, Y. Brügger, S. Gautschi, M. Manz, L. Streit.  
B. Schneider, J. Ziberi, F. Ruta, M. Graham, J. Stettler (12)

**Einfache Anfrage der forum-Fraktion betreffend Schulraumplanung in unserer Gemeinde**

In der GGR-Sitzung vom 21.Sept.2010 sind wir durch die zuständige Gemeinderätin informiert worden, dass der GR die Firma Reflecta für die Schulraumplanung in unserer Gemeinde gewählt hat und dass diese bereits nach den Herbstferien ihre Arbeit aufnehmen werde. Dazu möchten wir vom forum folgende Fragen stellen:

1. Wie lautet der konkrete Arbeitsauftrag?
2. Wird auch der Gebäudeunterhalt der Schulanlagen berücksichtigt und damit verbunden eine weitsichtige Planung eines allfälligen Ersatzbaus für die Schulanlage Moos?
3. Werden in diese Abklärungen auch die Sporthallen und Sportplätze einbezogen?

Muri, 17. Oktober 2010

Lee Streit

**Einfache Anfrage forum-Fraktion zur Projektorganisation Richtplan Siedlungsentwicklung**

Wir bitten den GR bezüglich der Erarbeitung Richtplan Siedlungsentwicklung folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie ist die Projektorganisation definiert?
2. Wie ist der Terminplan festgelegt?
3. Welcher externe Planer wird beigezogen und wie lautet dessen Auftrag?

**Begründung:**

In der Antwort zu unserer Interpellation vom 23. März 2010 führte der GR aus, dass „die Projektorganisation und –planung Mitte des laufenden Jahres festgelegt wird“. Bereits anlässlich der Behandlung im GGR am 25. Mai 2010 hat der Sprecher der forum-Fraktion mitgeteilt, dass die Antwort vage ausgefallen sei und ein Nachhaken erfolgen werde.

Muri, 19.10.2010

Martin Häusermann

- 19. Oktober 2010 -

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

\*\*\*\*\*

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Wegmüller

Anni Koch